



ZUKUNFT FÜR UNSER LAND

DAS SANIERUNGSKONZEPT DER
CDU-LANDTAGSFRAKTION 2013-2020



CDU

DIE LANDTAGSFRAKTION

ZUKUNFT DURCH KONSOLIDIERUNG

Nordrhein-Westfalen muss 2020 mit weniger Geld auskommen und gleichzeitig auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sein. Das Sanierungskonzept 2013-2020 der CDU-Landtagsfraktion schafft dafür die Grundlagen.

Die rot-grüne Landesregierung hat kein Konzept, um den Landeshaushalt in Ordnung zu bringen. Die Neuverschuldung steigt und steigt:

2012 2,7 Mrd. Euro

2013 3,5 Mrd. Euro

Und das trotz wachsender Steuereinnahmen. Rot-Grün nimmt immer neue Schulden auf. Im Landeshaushalt 2013 ist sogar eine weitere Milliarde versteckt: Der Finanzminister rechnet hier global mit zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben. Bis jetzt weiß keiner, wo diese Milliarde herkommen soll. Rot-Grün versteht nichts von vernünftiger Haushaltspolitik.

2020 ist ein wichtiges Datum für die Länder. Ab dann gilt die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse: keine neuen Schulden mehr. Schon seit 2011 sollten dafür Vorbereitungen getroffen werden. Davon ist Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen aber noch meilenweit entfernt. Andere Länder nicht: Bereits 2012 haben sechs Bundesländer die schwarze Null geschrieben. Auch solche, in denen SPD oder Grüne in der Regierungsverantwortung sind, so wie Thüringen oder Baden-Württemberg.

Die Landesregierung hat keinen Plan, wie sie die Schuldenbremse erreichen will. Dieses Instrument ist kein Selbstzweck. Die hohe Staatsverschuldung und immer neue Schulden rauben den nachfolgenden Generationen Zukunftschancen. Wir müssen umkehren! Für die Zukunft unserer Kinder. Und im Interesse unserer Kommunen, deren Handlungsfähigkeit auf dem Spiel steht.

Karl-Josef Laumann
Vorsitzender der
CDU-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen



Aber: Rot-Grün stopft den Kindern den Rucksack mit Schulden voll. Und dann redet Frau Kraft noch über Prävention. Der Griff ins Portemonnaie unserer Kinder ist keine Prävention. Das ist Diebstahl. Mit dem Landeshaushalt 2013 macht die CDU-Fraktion konkrete Vorschläge, wie die Sanierung der Staatsfinanzen in NRW dauerhaft gelingen kann. Das Sanierungskonzept 2013-2020 setzt sich ehrgeizige Ziele.

Wir wollen, dass die fleißigen Menschen mit ihren Steuern Leistungen des Staates finanzieren, die ihnen selbst zugute kommen. Wir wollen nicht, dass immer mehr Steuer-Milliarden als Zinsen und Zinseszinsen in den weltweiten Finanzmarkt fließen. Und als Gewinne auf den Konten der Reichen und Superreichen auftauchen.

Unsere Gesellschaft ist in einem tiefgreifenden Wandel. Weniger, älter, bunter: Das sind die Schlagworte der demografischen

Entwicklung. Rot-Grüne Modellprojekte oder Spielwiesen sind von gestern. Es bedarf wirksamer Konzepte, die über den Tag hinaus angelegt sind. Politik für übermorgen. Politik muss den Mut haben, Schwerpunkte zu setzen. Zukunftsfähige Finanzpolitik gelingt durch Konzentration auf Ziele.

Die Soziale Marktwirtschaft ist heute, morgen und übermorgen das richtige Konzept - auch, um mit der hohen Staatsverschuldung fertig zu werden. Gebt dem Bürger zurück, was des Bürgers ist! Das ist Subsidiarität. Und das hilft vor allem den Städten und Gemeinden, für die das Land wieder finanziellen Handlungsspielraum gewinnen muss. Weniger Staat, mehr Bürgergesellschaft. Dafür setzt sich die CDU-Fraktion ein.

ETAT 2013: DAS IST ERST DER ANFANG

Der tiefgreifende Umbau des Landeshaushaltes ist ein anstrengendes Projekt. Wir wollen Strukturen verändern. Wir müssen auf liebgegewonnene Programme verzichten. Wir können den neugewonnenen Spielraum nutzen, um Zukunft für unser Land zu gestalten. Das Sanierungskonzept 2013-2020 wirkt

sich bereits im ersten Jahr (2013) in einer Größenordnung von **1,5 Mrd. Euro** im Landeshaushalt aus (siehe Tabelle).

Insgesamt können bis 2020 **rund 10 Mrd. Euro** an Einsparungen gegenüber den bisherigen Planungen von Rot-Grün erzielt werden.

DAS CDU-SANIERUNGSKONZEPT 2013-2020

	Maßnahme	Auswirkung in 2013	jährliche, strukturelle Auswirkung ab 2017
1	Effizienzsteigerung der Landesverwaltung Kürzungen bei der Regierungs-PR	-60 Mio.	-60 Mio.
2	schrittweise Kürzung von Förderprogrammen (ohne Kommunen) um 20 Prozent	-116 Mio.	-580 Mio.
3	Minderausgaben durch niedrigeres Zinsniveau als bei der Haushaltsaufstellung	-55 Mio.	
4	Begrenzung der Personalausgaben durch Demografie-Quote von 1,5 Prozent im Overhead (nicht bei Schule, Polizei, Justiz, Finanzverwaltung)	-32 Mio.	-35 Mio.
5	Schulverwaltungsassistenten flächendeckend einführen	+1,5 Mio.	+15 Mio.
6	dadurch: Einsparungen im Schulbereich	-24 Mio.	-300 Mio.
7	Verzicht von 38 Stellen im LIUNA NRW (Schule)	-2,5 Mio.	-2,5 Mio.

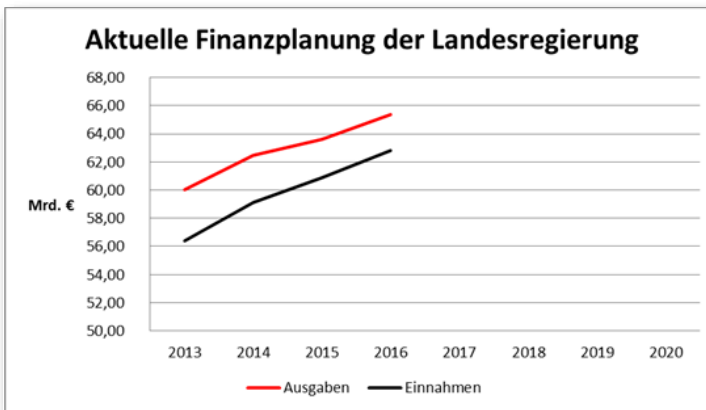
	Maßnahme	Auswirkung in 2013	jährliche, strukturelle Auswirkung ab 2017
8	Modellprojekt Polizeiverwaltungsassistenten	+0,5 Mio.	+5 Mio.
9	dadurch: Einsparungen im Polizeibereich	-5,5 Mio.	-55 Mio.
10	Kosten bei Landespräventionsstelle reduzieren	-7,5 Mio.	-7,5 Mio.
11	Stärkung des ehrenamtlichen Engagements im Betreuungsbereich dadurch: Strukturverbesserungen bei den Betreuungskosten im Justizbereich		+5 Mio. -65 Mio.
12	Evaluierung von Landesprogrammen zur Betreuung von Strafgefangenen	-2 Mio.	-2 Mio.
13	Arbeitsschutz neu organisieren	-10 Mio.	-20 Mio.
14	73 Erwerbslosenberatungsstellen und 76 Arbeitslosenzentren wieder abschaffen	-2 Mio.	-2 Mio.
15	Ehrenamtlicher Behinderten- und Patientenbeauftragten, Abschaffung Integrations-Staatssekretär	-1 Mio.	-1 Mio.
16	Wiedereinführung sozial ausgewogener Studienbeiträge zur Verbesserung der Studienbedingungen	-249 Mio.	-249 Mio.
17	Verzicht auf Genderprogramm an Hochschulen	-2,5 Mio.	-2,5 Mio.
18	Initiative „Fortschritt NRW“ streichen	-10 Mio.	-10 Mio.
19	Verzicht auf beitragsfreies Kindergartenjahr	-148 Mio.	-148 Mio.
20	Belastungsausgleich Jugendhilfe (Fehlbuchung)	-74,5 Mio.	
21	Einsparungen im Bereich des Bau- und Verkehrsministeriums (z.B. Sozialticket) und Setzen von eigenen Schwerpunkten (z.B. Rücknahme der Investitionskürzungen von Rot-Grün)	-20 Mio.	-20 Mio.
22	Kürzungen im Umweltministerium	-50 Mio.	-60 Mio.
23	Abschaffung Regionalstelle Frau und Beruf	-3 Mio.	-3 Mio.
24	Kofinanzierung bei der Wirtschaftsförderung optimieren; Tariftrueugesetz abschaffen	-12 Mio.	-60 Mio.
25	Steuerabkommen mit der Schweiz	-569 Mio.	-116 Mio.

Auswirkung in 2013:	1,5 Mrd. Euro
Gesamtauswirkungen bis 2020:	10 Mrd. Euro

KEIN GELD FÜR WAHLGESCHENKE

Beitragsfreies Kindergartenjahr. Verzicht auf Studiengebühren. Die rot-grüne Landesregierung hat nach der Landtagswahl 2010 ihre Wahlgeschenke unters Volk gebracht. Beides belastet den Landeshaushalt mit insgesamt 397 Mio. Euro jährlich.

Damals gab es 455.000 Studierenden, heute sind es über 600.000. Gerade die Hochschulen stehen vor gewaltigen Herausforderungen: Der doppelte Abiturjahrgang steht vor der Tür. Die rot-grüne Landesregierung hat sich darauf nicht ordentlich vorbereitet. Die



Unsoziale Finanzpolitik von SPD und Grünen: Nach der Finanzplanung der Landesregierung gibt es keinen Spielraum zur Senkung der Verschuldung - trotz steigender Steuereinnahmen.

Rot-Grün wollte bei den Hochschulen den Ausfall der Studienbeiträge ausgleichen. Diese Mittel reichen hinten und vorne nicht aus. Denn die Zuweisungen basieren auf den Studierendenzahlen von 2009 und wurden seitdem nicht angepasst.

eigene Verantwortung lässt sich nicht einfach nach Berlin schieben.

Die CDU-Landtagsfraktion will die Studienbedingungen an den Hochschulen verbessern. Mit den Einnahmen aus den Studienbeiträ-



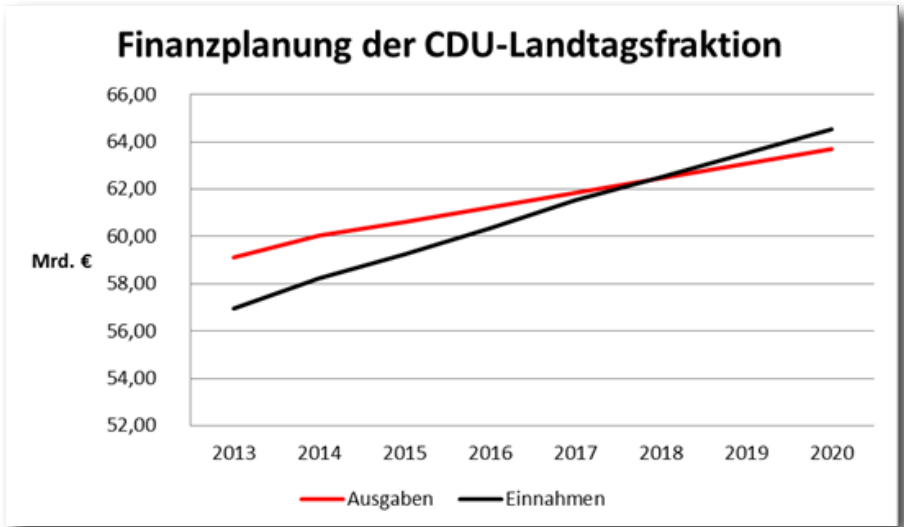
gen wird der Landeshaushalt um 249 Millionen Euro entlastet. Und für die Hochschulen gibt es insgesamt 51 Millionen Euro mehr für Forschung und Lehre.

Bessere Studienbedingungen geben Aufstiegschancen für alle. Das gilt besonders für Kinder aus Familien, die keine akademische Ausbildung haben. Deshalb brauchen wir sozial ausgewogene Studienbeiträge - mit der Möglichkeit, sie erst nach Abschluss des Studiums zurückzahlen. Das ist sozial ausgewogen und gerecht.

Übrigens: Jeder Handwerksmeister muss seine Ausbildung aus eigener Tasche bezahlen. Hier gibt es keine Staatsfinanzierung.

Der beitragsfreie Kindergarten ist sozialpolitisch der falsche Weg. Dadurch werden weder Bildungschancen verbessert, noch besuchen mehr Kinder die Kindergärten. Wer nicht genug verdient, wird heute aufgrund der Staffelung der Elternbeiträge ohnehin nicht belastet. Somit profitieren vom rot-grünen Beitragsgeschenk vor allem höhere Einkommen.

Es ist falsch, wenn die rot-grüne Landesregierung an ihrem Wahlversprechen festhält, weil dadurch vor allem höhere Einkommenschichten begünstigt werden. Die Kosten im Landeshaushalt in Höhe von 148 Mio. Euro tragen jedoch alle Steuerzahler.



SCHWARZE ZAHLEN

Das Sanierungskonzept 2013-2020 der CDU-Landtagsfraktion legt ein vorsichtiges Wachstum der Steuereinnahmen von zunächst 2,4 Prozent zugrunde. Das haben wir anhand des Durchschnitts der letzten 20 Jahre berechnet. Daraus leiten wir das zulässige Wachstum der Ausgaben im Landeshaushalt von 1,5 bzw. 1 Prozent in den Jahren bis 2020 ab.

Nach unserer Finanzplanung werden wir 2017 erstmals seit

2008 wieder mehr einnehmen als ausgeben. Dann schreibt das Land endlich wieder schwarze Zahlen.

Unser Ziel geht weiter: Wir können sogar Schulden tilgen und damit die Zinslasten reduzieren.

Hierdurch eröffnen wir dem Land und unseren Kommunen neue Handlungsspielräume, die ihnen heute durch eine verantwortungslose Finanzpolitik von Rot-Grün genommen werden.

DEMOGRAFIE IST EINE CHANCE

Fachleute gehen davon aus: Bis 2060 sinkt die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen von heute knapp 18 Millionen auf 15 Millionen. Gleichzeitig wird die Gesellschaft älter und bunter. Darauf müssen wir uns weiter vorbereiten. Der Bevölkerungsrückgang ist Aufgabe und Chance. Aber klar ist auch: Wenn die Bevölkerung weniger wird, können Verwaltung und Staat nicht größer werden.



PERSONAL: AUSGABEN BEGRENZEN

Wir wollen die Personalausgaben im öffentlichen Dienst begrenzen. Sie liegen heute bei fast 23 Mrd. Euro und machen rund 40 Prozent des Haushaltes aus. Jährlich sollen 1,5 Prozent dieser Ausgaben mit einer Demografie-Quote zurückgeführt werden.

BEISPIEL JUSTIZ: NEUE WEGE IN DER BETREUUNG

Die Menschen werden älter. Das ist gut. Damit steigt jedoch die Zahl der Betreuungen nach dem Betreuungsrecht. Im Justizhaushalt werden dafür jährlich 190 Mio. Euro aufgewendet. Das gesamte System muss neu organisiert werden. Auch durch mehr Ehrenamtliche.

WIE ENTWICKELN SICH DIE ETATS BIS 2030?

Die CDU-Fraktion stellt im Landtag den Antrag, eine Enquête-Kommission einzusetzen. Gemeinsam mit Experten soll untersucht werden, wie alle öffentlichen Haushalte (Land und Kommunen) bis 2030 unter den Bedingungen der Demografie tragfähig bleiben.

BEAMTE VON ROUTINE ENTLASTEN



Die Landesverwaltung in Nordrhein-Westfalen ist ein Teil der Lösung der Haushaltsnöte. Und ein Teil des Problems.

Beim Land Nordrhein-Westfalen muss der Öffentliche Dienst effizienter werden. Nicht alle Bediensteten sind an der richtigen Stelle eingesetzt.

Beispiel Polizei

Polizeibeamte gehören auf die Straße und nicht hinter den Schreibtisch. Draußen können sie mehr für die innere Sicherheit tun. Die CDU-Landtagsfraktion will Polizisten von reiner Verwaltungstätigkeit entlasten. Wer als Hauptkommissar ein Hochschulstudium absolviert hat, ist überqualifiziert, wenn er den ganzen Tag nur Straftzettel schreiben muss.

In den nächsten fünf Jahren sollen insgesamt 1.000 zusätzliche Stel-

len für „Polizeiverwaltungsassistenten“ geschaffen werden. Das sind Angestellte im Polizeidienst, die helfen, Polizisten von Verwaltungsarbeit zu entlasten. Im Schnitt sind das 20 pro Polizeibehörde. So kann mehr Personal für den operativen Einsatz gewonnen werden. Motto: Mehr fahnden, weniger verwalten.

Die CDU-Fraktion will im Polizeibereich auch weitere Tätigkeiten reduzieren, die nicht Kernaufgabe der Polizei sind: Fahrradführerschein-Prüfungen, Pkw-Bremstests an Berufsschulen oder Begleitung von Schwertransporten.

Aufgabenreduzierung und Polizeiverwaltungsassistenten: Zusammen können so erhebliche Mittel im Landeshaushalt erwirtschaftet werden.

Beispiel Schule

Für Lehrerinnen und Lehrer gilt das gleiche wie für Polizeibeamte. Sie wollen unterrichten, aber keine Statistiken schreiben, Mittel bewirtschaften oder Sachbearbeiter-Tätigkeiten ausführen. Lehrerinnen und Lehrer wollen sich auf ihre wichtigste Aufgabe konzentrieren:



Wissen an die Schülerinnen und Schüler zu vermitteln. Um damit die Qualität unseres Schulsystems wirksam zu verbessern.

Nach amtlichen Untersuchungen verbringen Lehrer heutzutage ein Zehntel ihrer Arbeitszeit mit „nichtunterrichtlichen Aufgaben“. Dazu zählen auch zeitraubende bürokratische Pflichten.

Deshalb wollen wir im Schulbereich weitere „Schulverwaltungs-

assistenten“ einsetzen. Genau wie bei den Assistenten bei der Polizei sind das Bedienstete aus der öffentlichen Verwaltung, die aus anderen Behörden kommen. Sie sollen Lehrern die administrativen Aufgaben abnehmen, die sie daran hindern, ihrer eigentlichen Arbeit nachzukommen.

Nach Berechnungen der Landesregierung führen die sinkenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren dazu, dass 470 Mio. Euro sog. „demografischer Gewinne“ im

Schulbereich erzielt werden. Dies liegt daran, dass mehr Lehrer für weniger Schüler zur Verfügung stehen.

Das Sanierungskonzept 2013-2020 sieht vor, 300 Mio. Euro dieser Demografie-Gewinne zu nutzen. Die Lehrer haben mehr Zeit für ihre Schüler, weil sie bei den Verwaltungsaufgaben entlastet werden. 170 Mio. Euro wollen wir investieren: In besseren Ganztagsunterricht und für das Gelingen der Inklusion in den Kommunen. im





ÜBERFLÜSSIGE SPIELWIESEN

Gerade beim grünen Umweltminister gibt es viele Beispiele für überflüssige Ausgaben:

- Der Nationalpark „Teutoburger Wald“ wird nicht errichtet. Das Büro in Bad Lippspringe soll dennoch bleiben. Kostenpunkt: 126.000 Euro.
- Das Projekt „Bildungsoffensive BUND - Mehr Öffentlichkeitsarbeit für Natur, Klimaschutz vor Ort“ schlägt in den nächsten beiden Jahren mit 277.060 Euro zu Buche.
- Von 2012 bis 2015 wird der

Haushalt durch Zahlungen an die „Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 e.V.“ mit 559.714 Euro belastet. Das Projekt ist nur dazu da, den strukturfeindlichen Klimaschutzplan zu verteidigen.

Diese und weitere Beispiele summieren sich auf 50 Mio. Euro. Zusätzliche Ausgaben bei Projektfinanzierungen, Untersuchungen, beim Naturschutz und bei der Umweltüberwachung sind seit 2010 um 20 Prozent angestiegen. Sie können eingespart werden.

ARBEITSSCHUTZ NEU REGELN

Alle Arbeitnehmer müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Arbeitsplatz so sicher wie möglich ist. Und dass im Job keine Gefahren für Leib und Leben bestehen. Darum kümmert sich der Arbeitsschutz.

Verwaltungsbehörden wie die Bezirksregierungen sind dafür in



Nordrhein-Westfalen zuständig. Die Kosten für den Landeshaushalt belaufen sich auf 27 Mio. Euro im Jahr. Hier kann strukturell gespart und optimiert werden.

Das Sanierungskonzept 2013-2020 sieht vor, diese Summe einzusparen, indem die Aufgaben des Arbeitsschutzes neu organisiert werden. Heute befassen sich sowohl der staatliche Arbeitsschutz wie auch die Berufsgenossenschaften damit. Das kann besser miteinander verzahnt werden.

Viele Aufgabenfelder überschneiden sich heute. Hier können Synergieeffekte genutzt werden. Für die Unternehmen ist das von Vorteil: Sie werden von Bürokratie entlastet. Damit die Berufsgenossenschaften stärker im Arbeits- und Gesundheitsschutz tätig sein können, müssen zunächst die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.



UND WER DEN CENT NICHT EHRT...

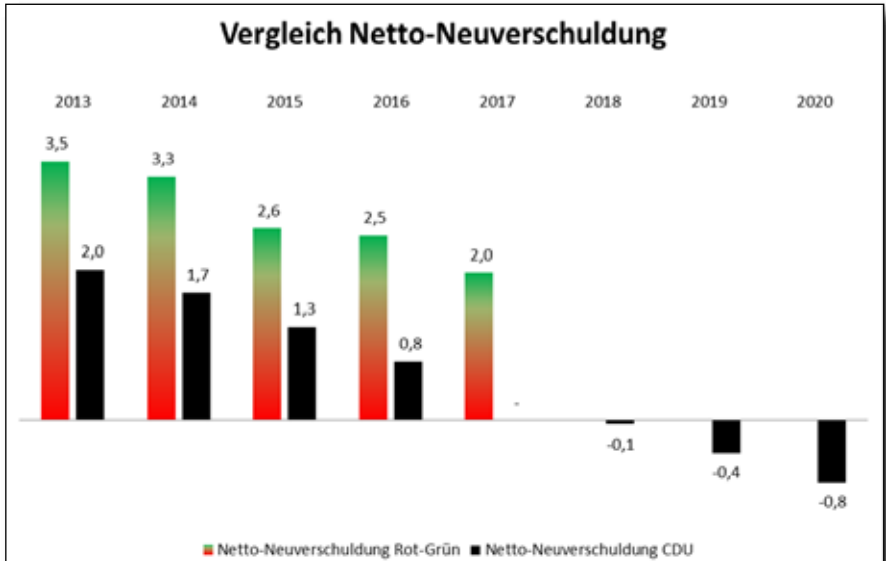
Viele kleine Titel und Positionen bilden den Haushalt des Landes NRW. Förderprogramme, Projekte, Modellvorhaben, Landesinitiativen, rot-grüne Prestigeprojekte.

Die CDU-Fraktion will hier kräftig den Rotstift ansetzen. Schon 2013 können wir strukturell sparen, indem wir rund 500 Mio. Euro an Strukturveränderungen und Kürzungen vornehmen.

Beispiel Förderprogramme: Schon ab 2006 wurden die Programme von der CDU-geführten Landesregierung auf den Prüfstand gestellt und schrittweise um 20 Prozent

gekürzt. 2011 hat Rot-Grün unsere Sparanstrengungen ohne Not wieder rückgängig gemacht. Wir wollen die Förderprogramme schrittweise um durchschnittlich 20 Prozent abbauen. Entweder durch konkrete Maßnahmen oder pauschal in fünf Schritten zu 4 Prozent. Das bringt schon im ersten Jahr 116 Mio. Euro an Einsparungen.

Beispiel Effizienz: Die jährlichen Verwaltungsausgaben lassen sich effizienter gestalten. Zwei Prozent weniger bringen 60 Mio. Euro im Jahr. Dazu gehört zum Beispiel die Regierungs-PR.



So wirkt das Sanierungskonzept 2013-2020: Die Verschuldung sinkt kräftig - im Vergleich zur Planung der rot-grünen Landesregierung. Und ab 2018 gibt es sogar mehr.

„EIN PROGRAMM DES NICHTSTUNS“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann sagte in der Debatte über den Haushalt 2013:

„Ich fasse die vermeintliche Konsolidierungspolitik der Regierung Kraft zusammen: Konsolidierung geht nur, wenn sie »ohne Lastenverschiebung auf Dritte« auskommt. Auf der Ausgabenseite ist so gut wie nichts mehr zu machen; vor allem beim Personal geht nichts. Die Schuldenbremse lässt sich also nur durch

Einnahmeverbesserungen erreichen. Und das ist nicht Sache des Landes, sondern des Bundes. Frau Kraft, ich nenne es eine Unverfrorenheit, dass Sie diesem Parlament ein solches Programm des Nichtstuns vorlegen! Das ist: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Von irgendwem müssen Sie Opfer verlangen. Sie müssen es aber klar und deutlich sagen, mit den Menschen erörtern, und dann müssen Sie tun, was Sie sagen.“

SCHULDEN BREMSEN

Mit dem Sanierungskonzept 2013-2020 kann die Netto-Neuverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen schrittweise auf Null reduziert werden. Das Grundgesetz und der Europäische Fiskalpakt schreiben vor: Der Bund muss die Nullverschuldung bereits 2016 einhalten, die Länder und Kommunen sind ab 2020 ebenso dazu verpflichtet.

Die rot-grüne Landesregierung kann dieses Ziel nicht mehr erreichen. Die Wahrheit ist: Sie will es auch gar nicht erreichen.

Nach dem CDU-Konzept kann die Nullverschuldung bereits 2017 erreicht werden. Danach können bereits Schulden zurückgezahlt werden.



Karl-Josef Laumann in der Landtagsdebatte.



APROPOS SCHWEIZER ABKOMMEN...

SPD-Fraktionschef Steinmeier im Klartext: „Die SPD will keine dauerhafte Praxis mit zugespielten Steuer-CDs. Wir werden nach einem Wahlsieg ein eigenes Schweizer Steuerabkommen aushandeln.“ (Spiegel online, 16. Januar 2013)

Dieser SPD-Wahlsieg ist Steinmeiers Wunschtraum. Das Zitat macht aber deutlich: Spätestens nach der Bundestagswahl 2013 wird es ein Steuerabkommen mit der Schweiz geben. CDU/CSU und FDP haben sich im Deutschen Bundestag schon dafür eingesetzt. Das fertig ausgehandelte Abkommen mit der Schweiz lag auf dem Tisch. Es ist von Rot-Grün aus parteitaktischen Gründen blockiert worden.

Für Nordrhein-Westfalen ist das Abkommen von großer Bedeutung: Jährlich würden dem Landeshaushalt 120 Mio. Euro zufließen, im ersten Jahr sogar zusätzliche 449 Mio. Euro.

Die rot-grüne Landesregierung betreibt parteipolitische Spielchen, wenn sie das Abkommen im Bundesrat blockiert. Das wirkt sich zum Nachteil des nordrhein-westfälischen Steuerbürgers aus.

Nur mit dem Ankauf von Steuer-CDs lässt sich der Landeshaushalt auf Dauer nicht sanieren. Das ist ein vordergründiges und durchsichtiges PR-Manöver von Finanzminister Walter-Borjans.



Redaktion:

Deborah Lazaro
Norbert Neß

Bildnachweis:

Bernd Schälte
Volker Zierhut
Corbis
MEV-Verlag/UBG/CDU
pa.picture alliance
CDU-Deutschlands

Druck:

WAZ-Druck

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Telefon 0211/884-2377 - Telefax 0211/884-2265
www.cdu-nrw-fraktion.de, cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de



CDU

DIE LANDTAGSFRAKTION